

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei voller Zahlung ins Haus für Ost- und Westpreußen 4.65 M., bei Zahlung monatlich 4.65 M., bei Zahlung unter Streifenband für Deutschland 6.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.00 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2896.

Interesse haben die abtäglichen, komparativen oder deren Namen 1.20 M., Wertungen des Zeitschriftens Wert 60 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Lesungswortlich 20 Pf. Bei Familien- u. Vereinstellungen gilt der Zuschlag fort. Inwieweit für den Versand folgenden Tag müssen spätestens bis 2 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Baltikpolitik als Friedenshindernis.

Das Inkrafttreten des Friedensabkommens verschoben.

H. N. Paris, 23. Oktober.

Sollandisch Rentebüro meldet: Der Oberste alliierte Rat hat beschlossen, daß der Oberbefehlshaber der Alliierten das Datum für die Inkraftsetzung des Friedensabkommens mit Deutschland festlegen wird. Deutschland hat in gewissem Sinne Verpflichtungen, die es bei Unterzeichnung des Waffenstillstandes übernommen hat, nicht angeschlossen, und solange das Waffenstillstandsabkommen noch gültig bleibt, ist es leichter das Versäumnis nachzuholen, als wenn das Friedensabkommen selbst schon in Kraft getreten wäre.

Der Beschluß des Obersten Rates bedeutet eine neue hinauszögerung des Friedensvertrages, eine Verzögerung des unbehaltbaren Zustandes, der auf allen Gebieten durch die Unstimmigkeit der politischen Situation herausgeschworen wird. Schuld an der erneuten Verschiebung hat allerdings die unglückselige Baltikpolitik der deutschen Regierung, die der Entente Anlaß für die Hinauszögerung des Friedensabkommens gab. Es muß deshalb immer wieder verlangt werden, daß mit dieser Politik schleunigst reiner Tisch gemacht wird.

Milderung der Moskoffade.

Berlin, 23. Oktober.

Der Kabinettsrat nahm Kenntnis von der Note der deutschen Regierung betreffend die Zulassung von Fischerei- und Küstenschiffahrtsschiffen im Baltischen Meer. Er beschloß, daß die Überwachung dieser Schiffe weniger streng durchgeführt werden soll.

Ein litauisches Ultimatum an Deutschland.

H. N. Paris, 23. Oktober.

Aus Rom wird gemeldet, daß der Befehlshaber der litauischen Truppen General Eberhardt ein Ultimatum unterbreitet, worin er die Räumung von Litauen innerhalb 20 Tagen verlangt.

Proteste französischer und italienischer Arbeiter.

C. Basel, 23. Oktober.

„Zeit Journal“ meldet: Der Ausschuß des Gewerkschaftsbundes des Schneiderhandwerks hat sich scharf gegen jede Teilnahme Frankreichs an kriegerischen Handlungen gegen die russische Sowjetrepublik ausgesprochen. An die französische Regierung wurden Telegramme gerichtet, worin die Gefahr revolutionärer Unruhen in Frankreich angedeutet wird, falls sich Frankreich zur aktiven Teilnahme an einer Aktion gegen Rußland entschließen würde.

Die „Information“ meldet aus Mailand: Die sozialistische Partei Italiens beschloß mit großer Mehrheit, die Regierung aufzufordern, jede Unterstützung einer alliierten Aktion gegen Rußland zu unterlassen mit der Drohung, daß Maßnahmen Italiens gegen die russische Sowjetrepublik als eine Herausforderung der italienischen Sozialisten betrachtet und entsprechende Folgen nach sich ziehen würde.

Die unbequeme Wahrheit.

Aus dem Untersuchungsausschuß.

Wie unsumpftisch bestimmten Leuten die Feststellung der Wahrheit ist, geht aus einer Bemerkung hervor, die der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses heute vor Eintritt in die Verhandlungen macht. Es seien an ihn eine Reihe von Anfragen gekommen, die ihn zu der Feststellung veranlaßten, daß jedes Mitglied der Untersuchungskommission ein selbständiges Fragerecht besitze. Offenbar haben brigitte Patrioten an den ihnen unbequemen Fragen einzelner Kommissionsmitglieder Anstoß genommen und möchten ihnen gern den Mund stopfen. Es würde ihnen lieber mehr zuzugewandt, wenn das Recht, die Wahrheit zu suchen, ausschließlich auf den Vorsitzenden beschränkt wäre. Aber sie werden sich schon mit der eingeschlagenen Methode abfinden müssen.

Nach diesem kurzen Prolog beginnt die eigentliche Sitzung mit einer Erörterung der Frage, ob Wilson bei seinem Friedenskanon vom Dezember 1918 daran gedacht

habe, daß Deutschland Teile seines polnischen Besitzes preisgeben müsse. Bernstorff glaubt an diese Absicht des Präsidenten nicht. Möglicherweise habe man an Austausch von Gebietsteilen gedacht, vielleicht auch an ein völkerrechtliches Servitut, das Deutschland an den neuen polnischen Staat zu gewähren habe.

Der Sachverständige Professor Schäfer hielt es auch wieder an der Zeit, einzugreifen. Aber er kann sich als edler deutscher Professor nun einmal nicht in das Verhandlungssystem fügen. Er fragt nicht, sondern er liest ein kleines Stöckchen und unter allgemeinem Schmunzeln der Zuhörer schreit er feststellen zu sollen, außer Zusammenhang mit dem Verhandlungsgegenstand, daß kein vernünftiger Mensch in Deutschland je an größere Annexionen im Westen gedacht habe. — Die Zahl der vernünftigen Menschen muß also auch nach Herrn Schäfers Meinung in Deutschland zu gewissen Zeiten sehr gering gewesen sein.

Bei Schluß des Plattes fragt Genosse Cohn den Grafen Bernstorff über den Eindruck, den die deutsch-österreichische Polenproklamation vom November 1918 in Amerika hervorgerufen habe.

Sitzungsbericht.

Dritte öffentliche Sitzung.

Der Vorsitzende Abg. Warmuth eröffnete die Sitzung um 10 1/2 Uhr und stellte fest, um irtümlichen Auffassungen zu begegnen, daß jedes Mitglied des Untersuchungsausschusses ein selbständiges Fragerecht besitzt. Es wird darauf in die Verhandlungen eingetreten und die Vernehmung des Grafen Bernstorff fortgesetzt.

Herr Warmuth: Erzellen haben uns erklärt, daß so lange die Friedensvermittlungssaktion mit Wilson schwäche, niemals die Rede davon gewesen ist, daß Deutschlands Integrität durch den Friedensvertrag irgendwie angegriffen werden sollte. Das ist wohl richtig?

Graf Bernstorff: Jawohl.

Herr Warmuth: Nun hat in der Senatshofstadt vom 22. Januar Wilson erklärt, daß es ein einziges unabhängiges selbständiges Polen geben sollte. So weit als möglich solle auch diesem Volke ein direkter Ausgang zu den großen Meeresströmen der See gegeben werden. Wo das durch Gebietsabtretungen nicht erreicht werden könne, solle es durch Neutralisierung der Zugangsweges erzielt werden. Mir scheint, daß hier ein Widerspruch besteht. Denn wenn ein einziges Polen verwirklicht werden sollte mit einem Korridor zum Meere oder durch Neutralisierung bestimmter Gebiete Deutschlands, dann könnte die Integrität Deutschlands unmöglich unversehrt bleiben. Es liegt also ein Widerspruch vor. Ich bemerke, daß diese Vorschläge vom 22. Januar zu einer Zeit ertönt, als die diplomatischen Beziehungen mit Amerika noch völlig befehdet und als Sie noch in Washington waren. Darf ich um einige Worte der Aufklärung bitten?

Graf Bernstorff: Daß Wilson die Wiederherstellung Polens wollte, bezweifle ich keinesfalls. Aber ob diese Wiederherstellung so weit gehen sollte, daß Preußen bzw. Deutschland Gebiete abtreten sollte, würde nach meiner Ansicht erst aus den Verhandlungen hervorgegangen sein. Es würde sich dabei schließlich um Kompensationen gehandelt haben. Denn der Frieden ohne Sieg war nicht unbedingt so aufzufassen, daß genau dieselben Gebiete besetzen bleiben sollten, sondern daß auch Änderungen mit entsprechenden Kompensationen vorkommen sollten.

Herr Warmuth: Ist das Ihre persönliche Auffassung oder der Niederschlag Ihrer Unterredungen?

Graf Bernstorff: Das ist meine aus den damaligen Verhandlungen hervorgegangene Überzeugung.

Herr Warmuth: Es sind also vom Obersten Hause Neuherungen getan worden, daß nicht genau der status quo ante wiederhergestellt werden sollte, sondern daß im Kompensationswege das eine oder andere Stück abzutreten werden sollte. Und daß in der Tat ein ungeschwächtes Deutschland erhalten werden sollte.

Graf Bernstorff: Das ergab sich von selbst aus dem Programm: Frieden ohne Sieg, denn wenn Deutschland Gebiete ohne Kompensationen hätte abtreten sollen, so wäre das kein Frieden ohne Sieg gewesen.

Herr Warmuth: Hat Oberst Douse sich zu Ihnen in dem Sinne geäußert?

Graf Bernstorff: Es ist mit mir mündlich in dem Sinne verhandelt worden, daß gegenseitige Kompensationen nicht ausgeschlossen seien.

(Fortsetzung des Berichtes in der nächsten Nummer.)

Das Befinden des Genossen Haase.

Die leichte Besserung, die gestern zu verzeichnen war, hält an. Der Allgemeinzustand ist wieder etwas befriedigender. Die Morgenstemperatur ist niedrig, Abendtemperatur noch anhaltend hoch. Der Zustand bleibt aber noch andauernd recht ernst.

Irctum oder Absicht?

Am 7. August ist von Herrn Roske die Jugendzeitschrift der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, die „Freie Jugend“, ohne Angabe von Gründen verboten worden. Die bis dahin erschienenen drei Nummern der Zeitschrift enthielten nichts, was für die Herren, die ohne den Belagerungszustand nicht glauben regieren zu können, eine Handhabe zu einem Verbot hätten abgeben können.

Gegen das Verbot hat Genosse Haase im Auftrag der Partei selbstverständlich sofort Beschwerde eingelegt. Aber wie wir bereits in Nr. 505 berichteten, ist sie fast zwei Monate ohne jede Antwort geblieben, so daß niemand wissen konnte, was den Grund für das Verbot abgegeben hatte. Erst als in der vergangenen Woche die Genossin Fiebig in der Nationalversammlung dieses Verbot als einen brutalen Willkürakt kennzeichnete, sprang Roske müde auf und erwiderte, die Zeitschrift sei verboten worden, weil sie auf ihrem Titelblatt mit großen Lettern die Aufschrift getragen habe: „Der Staat als Mörderkule.“ Die am gleichen Tage endlich eingehende schriftliche Antwort auf das Verbot enthielt dieselbe Angabe als Begründung.

Bereits vor einigen Tagen haben wir erklärt, daß diese Behauptung Roskes eine glatte Unwahrheit sei. Die so demotivierender amüßlichen Scherz sei. Kein Wort der Entgegnung, kein Wort der Rechtfertigung kommt von ihren Lippen. Deshalb dieses Schweigen? Wir wollen den Schleier dieses Geheimnisses lüften.

Keine der drei Nummern der Jugendzeitschrift der Unabhängigen Sozialdemokratie „Freie Jugend“ enthält die Worte „Der Staat: eine Mörderkule“, weder mit großen Lettern als Überschrift, noch als Worte im Text. Die Durchsicht der Zeitschrift genügt, um die Richtigkeit dieser Behauptung zu erkennen.

Aber wie erklärt sich denn das Verbot? Ganz einfach. Es gab nämlich im August noch eine Zeitung „Freie Jugend“. Aber sie trug weder den Untertitel „Sozialistische Jugendzeitschrift“, noch den Vermerk: „Herausgegeben im Auftrage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.“ Sie erschien auch nicht im Verlage der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, an die das von Roske gezeichnete Verbot gerichtet war.

Die Jugendzeitschrift der Unabhängigen Sozialdemokratie ist also jetzt bereits seit mehr als zwei Monaten wegen eines Vergehens verboten, das sie nie begangen hat. Zwei Monate lang hüllten sich die militärischen Stellen über die Ursachen des Verbots in tiefes Schweigen. Sie verhindern durch Verschleppung jede Möglichkeit, den Grund des Verbots zu erfahren, zeigen damit offen und unverhüllt die Absicht, ein ihnen unbequemes Blatt ohne jeden Grund dauernd gewaltfam zu unterdrücken.

Wir haben bereits am Sonntag, den 19. d. M., diesen Tatbestand aufgedeckt. Aber auch darauf hat sich keine amtliche Stelle gerührt, keine irgendeinen Schritt unternommen, diesen skandalösen Zustand abzuändern, keine gewagt, erkennen zu geben, welches Verbrechen hier begangen worden ist. Ist das nachträglich aufgestiegene Scham? Wir sind nicht Optimisten genug, das anzunehmen. Wir kennen den militärischen Apparat und die Gesinnung der in ihm wirkenden Kräfte zu gut, um nicht zu wissen, daß Unrecht bewußt begangen wird, und daß es militärische Anschauungsweise verbletet, ein einmal begangenes Unrecht einzugestehen. Sollen wir Beweise für diese Behauptung liefern? Wir sind gern dazu bereit.

Aber diese Sache hat auch ihre humoristische Seite. Die Zeitung „Freie Jugend“ — denn eine Zeitung ist es und keine Zeitschrift — die die Überschrift „Der Staat, eine Mörderkule“ trug, liegt uns vor. Sie bezeichnet sich als „Jugendzeitschrift für herrschaftslosen Sozialismus“. Sie enthält außer der von Roske so geübten Überschrift nicht eine einzige Zeile, die irgendwie als Bekämpfung oder selbst als Kritik der herrschenden Militärmacht bezeichnet werden könnte, sondern nur Aufsätze, die sich gegen militaristisch gerichteten Denken überhaupt wenden. Auch die Überschrift soll, daran läßt der Inhalt absolut keinen Zweifel, nur die positivste sein sollende Gedankentrichtung andeuten. Ein Artikel von Peter Kropotkin und ein Auszug aus Leonhard Frank's glänzender Schrift gegen den Krieg „Der Mensch ist gut“ bilden den Hauptinhalt. Aber noch ein weiterer Kuss ist in dieser Nummer enthalten und vielleicht hat er in gleicher Weise wie die Überschrift den Horn der Männer erzeugt, denen militaristisches Denken als die Voraussetzung der Erhaltung ihrer Herrschaft erscheint. Er heißt: „Schenkt dem Kinde keine Wodwaffen“ und ist geschrieben von Wilhelmine Häbler. Zwar ist er sichtlich vor dem Kriege geschrieben, denn er enthält treffliche Worte über den „höllermordenden Militarismus“, die ein rechtssozialistisches Mitalied der deutschen Nation

